

Sitzung Nr. 13 vom 8. Dezember 2009

Vorsitz	Boris Banga, Stadtpräsident
Anwesend	Alexander Kaufmann Urs Wirth Alfrd Kilchenmann (Ersatz) Clivia Wullimann Daniel Trummer Aldo Bigolin Hubert Bläsi Reto Mosimann Renato Müller Heinz Müller Ivo von Büren Marc Willemin Andreas Kummer Thomas Marti
Entschuldigt	Remo Bill
Anwesend von Amtes wegen	Urs Wirth, Präsident Integrationskommission Claude Barbey, Stadtbaumeister Marlyse Frei, Vize-Präsidentin Jugendkommission Angela Kummer, Präsidentin Kulturkommission Kurt Boner, Leiter Soziale Dienste Oberer Leberberg Fürsprech Rudolf Junker, Leiter API & RD Roger Kurt, Vorsitzender GL Schulen Grenchen Paul Hartmann, Präsident FK Schulen Grenchen François Scheidegger, Stadtschreiber Anne-Catherine Schneeberger-Lutz (Protokoll)
Dauer der Sitzung	17.00 Uhr - 19.15 Uhr

TRAKTANDEN (2314 - 2324)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 10 vom 20. Oktober 2009
- 2 2314 Interpellation Heinz Müller (SVP): Schliessung des Internetportals www.grenchen.net
- 3 2315 Integrationskommission: Anpassung des Pflichtenheftes vom 22. Januar 2008
- 4 2316 Interpellation Fraktion SVP: Situation des Skaterparks bei der Bocciahalle
- 5 2317 Erschliessungsstrasse im Bereiche des Gestaltungsplanes „Kastels“ / Strassenbenennung: Antrag der Kulturkommission und der Baudirektion Grenchen
- 6 2318 Entscheidungsgrundlagen für die Alterspolitik
- 7 2319 Überparteiliches Postulat (SP, FdP, SVP, CVP): Zusammenführen von Feuerwehr und Zivilschutz (evtl. auch ARD) zu einer Organisationseinheit: Beschluss über Erheblicherklärung
- 8 2320 Schulen Grenchen: Überarbeitung des IKT-Konzepts, Bewilligung eines Kredites zulasten der Investitionsrechnung; Ergänzungsvorlage: 3. Lesung
- 9 2321 Postulat Heinz Müller (SVP): Zonenkonformität der Maienstrasse für ein albanisch-islamisches Kulturzentrum mit Moschee?
- 10 2322 Mitteilungen und Verschiedenes
- 11 2323 Ansprache des Stadtpräsidenten zum Jahresschluss
- 12 2324 Würdigung des abtretenden Stadtschreibers François Scheidegger

- 0 -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 10 vom 20. Oktober 2009 wird genehmigt.

Stadt Grenchen

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 13

vom 8. Dezember 2009

Beschluss Nr. 2314

Interpellation Heinz Müller (SVP): Schliessung des Internetportals www.grenchen.net

Vorlage: KZL/25.11.2009

1. Mit Datum vom 17. November 2009 reichte Heinz Müller (SVP) folgende Interpellation ein:

1.1. *Interpellationstext:*

Wie bekannt wurde, muss die Betreiberin PGM Communications GmbH das bekannte und beliebte Internetportal grenchen.net am 6. Dezember 2009 aus finanziellen Gründen schliessen.

Die mediale Luft in Grenchen wird zunehmend dünner. Zuerst wurde die Produktion des Solothurner Tagblattes eingestellt. Dann wurde die Redaktion des Grenchner Tagblattes von Grenchen nach Solothurn verlegt und nun, soll auch noch das viel beachtete elektronische Informationsmedium aus Grenchen von der Bildfläche verschwinden. Grenchen wird mit diesen Veränderungen immer mehr von der medialen Information abgeschnitten. Das grenchen.net übernimmt hier eine wichtige Funktion. Mit ca. 6'000 Bildern aus dem gesellschaftlichen Leben in Grenchen der letzten vier Jahren, wird unsere Stadt weit über die Grenzen von Grenchen hinaus bekannt gemacht. Auch die journalistischen Beiträge aus Wirtschaft, Politik und Kultur sind wichtige Informationen über Grenchen. Bis zu 65'000 mal wird grenchen.net monatlich besucht mit Spitzentagen von über 17'000 Besuchen pro Tag.

Zudem ist grenchen.net bei Google-Alert aufgenommen worden. Das heisst, wer das Stichwort Grenchen programmiert, wird von Google automatisch benachrichtigt, wenn auf grenchen.net eine neue Seite aufgeschaltet wird.

[Grenchen.net](http://grenchen.net) wird auch vom Argus der Presse beobachtet und als vollwertiges Nachrichtenmedium geführt.

Aus diesen Gründen wäre es schade, wenn dieses Medium nun nicht mehr bestehen würde.

Deshalb bitte ich die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. *Wie stellt sich die Verwaltung zum Internetportal grenchen.net?*
2. *Ist die Verwaltung nicht auch der Meinung, dass grenchen.net ein wichtiges Informationsmedium für unsere Stadt ist?*

3. *Kann sich die Verwaltung vorstellen, dass sich die Stadt Grenchen finanziell am grenchen.net beteiligen könnte? Als Gegenleistung müsste sich grenchen.net verpflichten, über verschiedene Schlüssel-Veranstaltungen der Stadt Grenchen ausführlich (mit Bildergalerie) zu berichten.*
4. *Sieht die Verwaltung eine Zusammenarbeit mit grenchen.net und dem Standortmarketing der Stadt Grenchen?*
5. *Sieht die Stadtverwaltung andere Möglichkeiten, um dieses für Grenchen wichtige Medium zu erhalten?*

2. Beantwortung

- 2.1. Gemäss Stadtpräsident Boris Banga wurde die Interpellation von der Stadtkanzlei in Zusammenarbeit mit dem SMKS und der Wirtschaftsförderung beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).
- 2.2. Boris Banga erlaubt sich noch eine kurze Ergänzung zur schriftlich vorliegenden Interpellationsantwort, nachdem die Antworten der Verwaltung im Grenchner Tagblatt durch Gemeinderat Heinz Müller bereits kommentiert worden sind: Heinz Müller hat im gestrigen GT gemeint, dass die Verwaltung sein Anliegen wohl missverstanden habe. Dies stimmt nicht. Die Verwaltung hat seine Fragen umfassend beantwortet. Etwas anderes hat die Verwaltung bei einer Interpellation nicht zu machen. Wenn im Gemeinderat vom 23. Oktober 2007 resp. vom 28. Oktober 2008 ein Antrag für eine Grenchner Agenda, einen Veranstaltungskalender, abgelehnt oder zurückgewiesen wird, dann hat man gewisse Probleme, in dieser Sache eine positive Antwort zu geben. Vor zwei Monaten hat die Mehrheit in diesem Rat bei den Aktivitäten Standortmarketing kein Geld gesprochen und ein Gesamtkonzept verlangt. In diesem Zusammenhang gibt Boris Banga zwei Zitate zum Besten: Das erste stammt von Gemeinderat Ivo von Büren, welcher an der GR-Sitzung vom 20. Oktober 2009 Folgendes sagte: Was die SVP vollends zu einer Rückweisung bewogen hat, ist die Tatsache, dass der Gemeinderat für diesen hohen Betrag nicht einmal ein Gesamtkonzept erhalten hat. Die SVP möchte zuerst wissen, mit wie viel Geld welche Ziele erreicht werden sollen. Das zweite Zitat stammt von Heinz Müller, welcher sich in der gleichen Sitzung wie folgt äusserte: Die SVP hat ihren Wählern versprochen, dass sie auf den Steuerfranken acht geben wird. Sie möchte daher wissen, wofür zusätzlich Fr. 125'000.-- ausgegeben werden sollen. Dies ist legitim. Die SVP denkt nicht daran, für die Aktivitäten des Standortmarketings blindlings Fr. 175'000.-- zu sprechen. Dies hat nichts mit Misstrauen, sondern mit Verantwortung zu tun - und diese trägt die SVP! Nach dieser Vorgeschichte wird man im Rat zuerst diskutieren müssen, was man vom Standortmarketing erwartet, welchen Zweck es haben soll. Es ist nicht gut, im Zusammenhang mit einer Interpellation einen Hüftschuss abzufeuern. Grenchen steht sowohl als Event- als auch als Wohnstandort in Konkurrenz zu Lyss, Biel, Solothurn, Burgdorf, eventuell Olten. Er sieht nicht ein, was es bringen soll, wenn Exilgrenchnerinnen und -grenchner aus Ouagadougou, aus Honolulu, aus New York und Paris die Homepage mehrmals im Tag anklicken. Man muss schliesslich gezielt und konzentriert werben. Man geht auch nicht mit Schrott auf einen Grizzly los, sondern man verwendet eine Casual Patrone, damit er dann auch tot ist.

3. Begründung

- 3.1. Gemeinderat Heinz Müller stellt Antrag auf Diskussion und nimmt zur Interpellation und zum mündlichen Vortrag des Stadtpräsidenten kurz Stellung: Glücklicherweise konnte man dem Internetportal grenchen.net eine Verschnaufpause verschaffen, damit die Verantwortlichen zu einer tragbaren Lösung für eine längere Zeit kommen können. Er ist ebenfalls der Meinung, dass Medien unabhängig bleiben müssen, so dass die Stadtverwaltung auf den Betreiber keinen Druck ausüben kann, nicht genehme Artikel wieder zu entfernen. Deshalb ist ihm wichtig, dass das Medium nicht nur SVP-, sondern auch stadtverwaltungsunabhängig ist. Es wurde richtig erkannt, dass ein Internetportal unabhängig bleiben muss. Heinz Müller wollte aber nicht Geld für das Internetportal. Er sieht nicht ein, weshalb eine Stadt oder die öffentliche Hand Geld in ein Medium investieren sollte, um Strukturert zu betreiben. Eine Variante wäre gewesen, nach dem Prinzip "Geld gegen Ware" zu verfahren. In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, dass das Medium unabhängig berichten kann. Es wird auch nicht schwierig sein, unabhängig von der Chüribisnacht oder vom Weihnachtsmarkt zu berichten. Es würde aber der Stadt Grenchen sehr viel bringen. Dass der schweizweite Ausbau der Medien und die Medienvielfalt der Stadt Grenchen nichts bringt, das sollte wirklich allen klar sein. Im Sonntagsblick, in 20 Minuten oder anderen Tageszeitungen konnte man noch nie etwas über Grenchen lesen, ausser es ereignet sich wie letztes Jahr ein Dreifachmord. Dieses Argument ist komplett fehl am Platz. Er hätte gerne Ware gegen Geld gehabt. Das war seiner Ansicht nach ganz klar in der Interpellation dokumentiert. Dies geht halt unter das Thema "lesen und verstehen". Entweder hat die Stadtverwaltung die Frage nicht verstanden oder sie hat diese absichtlich nicht richtig beantwortet, weil die Interpellation aus der falschen politischen Ecke kam. Das Parteiprogramm der SVP zu zitieren, war ein netter Versuch. Aber niemand kennt das SVP-Programm so gut wie Heinz Müller. Dieser Schuss ging wirklich nach hinten los. Heinz Müller zeigt sich von der Antwort der Verwaltung teilweise befriedigt.

Der Antrag auf Diskussion von Heinz Müller wird mit 10 : 4 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

4. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

SMKS
FV
Wifö

0.5.1 / acs

Integrationskommission: Anpassung des Pflichtenheftes vom 22. Januar 2008

Vorlage: IK/18.11.2009

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Gemeinderat Urs Wirth, Präsident Integrationskommission, ausführt, hat der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 22. Januar 2008 das Pflichtenheft der Integrationskommission (Beilage) genehmigt und rückwirkend auf den 5. Dezember 2007 in Kraft gesetzt (GRB 2011/05.12.2007).
- 1.2. Wie sich aus den nachfolgenden Erwägungen ergibt, besteht bereits ein gewisser formeller und materieller Anpassungsbedarf, welchen die Integrationskommission im Hinblick auf die neue Amtsperiode bereinigen möchte.
- 1.3. Die nachfolgend erläuterten Änderungsanträge sind im beiliegenden Entwurf, auf den hiermit verwiesen wird, hervorgehoben (kursiv und unterstrichen).
- 1.4. Zu Ziff. 12 Abs. 1, al. 9: Beim Aufbau der Integrationskommission wurde explizit auf den Beizug der Polizei verzichtet, um nicht bekannte Clichés zu bedienen. Vor allem im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Integrationskonzeptes hat sich indessen erwiesen, dass die Stadtpolizei über unverzichtbare Informationen und einschlägiges Fachwissen verfügt. Sie muss unbedingt in die Integrationskommission eingebunden werden.
- 1.5. Zu Ziff. 12 Abs. 1, al 10: Das Amt für Kultur wurde mit dem neu geschaffenen Standortmarketing fusioniert und existiert in dieser Form nicht mehr. Die Aufgaben erfüllt seit anfangs 2009 die Dienststelle "Standortmarketing, Kultur & Sport", was entsprechend anzupassen ist.
- 1.6. Zu Ziff. 12 Abs. 1, al. 12: Das Sozialamt Grenchen ist in die regionale Organisation "Soziale Dienste Oberer Leberberg" aufgegangen. Auch hier ist die Bezeichnung anzupassen.
- 1.7. Zu Ziff. 12 Abs. 2: Die abschliessende Aufzählung unter Absatz 1 lässt keinen Spielraum für andere Personen, die sich aufgrund ihres persönlichen oder beruflichen Hintergrundes einbringen könnten (z.B. Leiter/innen der Deutschkurse für fremdsprachige Frauen, Quartierarbeiter/in u.ä.). Die Integrationskommission erachtet deshalb eine gewisse Öffnung als sinnvoll.
- 1.8. Zu Ziff. 61: Im Sinne einer Präzisierung soll festgehalten werden, dass auch Ersatzmitglieder des Gemeinderates als Kommissionspräsidentin oder -präsident wählbar sind.

1.9. Zu Ziff. 65: Die Vertretung in der Kantonalen Fachstelle für Integration wurde bisher (interimistisch) durch den Stadtschreiber wahrgenommen, was sich bewährt hat. Es soll deshalb diese Lösung beibehalten und im Pflichtenheft festgeschrieben werden.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Anträge der Integrationskommission:

3.1.1 Zu Ziffer 12. Abs. 1, al. 9:

3.1.1.1 Die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Andreas Kummer, ist über die Grösse der Kommission erstaunt. Für sie sind darin zu viele Personen. Politik und Behörden haben ein sehr starkes Gewicht. Die Ausländer sind in der Integrationskommission wie auch in der Gesellschaft eine kleine Minderheit, die nichts zu sagen hat. Der CVP ist von Kommissionsmitgliedern zu Ohren gekommen, dass Ausländer von wortgewaltigen Chefbeamten, die jetzt noch einmal in der Integrationskommission zahlreicher erscheinen sollen, überfahren werden. Die CVP äussert zuhanden des Präsidenten der Integrationskommission den Wunsch, dass dieser schaut, dass das Gleichgewicht gewahrt und auf Augenhöhe zwischen den Ausländern und den jetzt noch zahlreicheren Chefbeamten diskutiert wird, damit die Integrationskommission die Chance erhält, für Ausländer einen wichtigen Input zu leisten. Die CVP hat ihre Zweifel, dass dies gelingt. Sie wird der Erweiterung zustimmen, aber ohne grosse Begeisterung, und die Integrationskommission weiterhin im Auge behalten.

3.1.1.2 Stadtpräsident Boris Banga ist der Ansicht, dass Andreas Kummer hier einen ungeheuerlichen Vorwurf vorbringt. Er bittet ihn eindringlich, erstens das Wort "Chefbeamter" wegzulassen - in Grenchen hat man Abteilungsvorsteher - und zweitens zu substantiieren, welche Abteilungsvorsteher den Ausländern in dieser Kommission über das Maul fahren. Er bittet ihn, dies hier zu sagen, weil sonst etwas zurückbleibt. Keiner dieser "Chefbeamten" kann sich wehren. Dies ist in einer politischen Diskussion nicht angemessen.

3.1.1.3 Andreas Kummer präzisiert, dass er von "wortgewaltigen" Leuten gesprochen hat. Er hat nur entgegengenommen, was ihm von Kommissionsmitgliedern zugetragen worden ist.

3.1.1.4 Nach Auffassung von Boris Banga hätte Andreas Kummer genauer nachfragen sollen. So bleiben Vorwürfe in der Öffentlichkeit zurück. Man befindet sich nicht am Stammtisch. Es sind drei Abteilungsvorsteher in der Kommission. Wer ist es?

3.1.1.5 Urs Wirth kann das Votum von Andreas Kummer auch nicht ganz einordnen. Die Kommission wurde bewusst ausgewogen zusammengestellt. Die Abteilungsvorsteher haben in gewissen Fragen natürlich auch ein gewisses Know-how. Gerade wenn es um die Ausarbeitung von Konzepten geht, ist die Kommission auf deren Wissen angewiesen. Dass irgendwelche Mitglieder überfahren werden oder Ausgrenzungen von Ausländervertreterinnen und -vertreter stattfinden, stimmt nicht. Er kann dies einfach nicht unterschreiben und möchte ebenfalls konkret wissen, wann und wem dies passiert ist. Sonst ist dies lediglich eine Weitergabe von Gerüchten, über die er hier nicht bereit ist, zu diskutieren.

- 3.1.1.6 Andreas Kummer ist bereit, seine Aussagen zuhanden des Protokolls zu präzisieren.
- 3.1.1.7 Andreas Kummer sollte, so Boris Banga, als Anwalt wissen, dass er, wenn er solche Vorwürfe erhebt, auch in der Öffentlichkeit darauf antworten muss. Boris Banga stellt fest, dass zu Ziff. 12 des Pflichtenheftes seitens der CVP kein Antrag gestellt wird.
- 3.1.2 Zu Ziff 12 Abs. 1, al 10 und al 12:
- 3.1.2.1 Gemeinderat Renato Müller weist darauf hin, dass die Zuweisung bei den Fussnoten 2 und 3 geändert werden muss.
- 3.1.2.2 François Scheidegger dankt für den Hinweis.
- 3.2. Anträge der SVP:
- 3.2.1 Zu Ziff 12 Abs. 1, al 1:
- 3.2.1.1 Gemäss Gemeinderat Ivo von Büren ist die SVP der Meinung, dass zwei oder drei GR-Mitglieder in dieser Kommission Einsitz haben sollten. Sie musste ihr bisheriges Urteil revidieren.
- 3.2.1.2 Boris Banga weist daraufhin, dass sich die SVP und FdP in der letzten Amtsperiode geweigert haben, jemanden zu delegieren. Er nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass die SVP in der Kommission mitmachen will, und erwartet entsprechende Nominationen.
- 3.2.1.3 Urs Wirth erwähnt, dass bereits bei der Schaffung der Integrationskommission in diesem Gremium darüber diskutiert wurde, ob alle GR-Parteien in der Kommission vertreten sein sollen. Der Gemeinderat hat sich damals dagegen ausgesprochen. Das Thema wurde im Zusammenhang mit der Anpassung des Pflichtenheftes in der Integrationskommission wieder diskutiert. Die IK-Mitglieder kamen aber zum Schluss, dass sie diesen Antrag in Anbetracht der Grösse der Kommission nicht mehr bringen wollen.
- 3.2.1.4 Ivo von Büren erwähnt, dass Urs Wirth ihn auf diese Idee gebracht hat. Urs Wirth war immer ein Gegner der GRK. Seit der neuen Legislatur hat er für die SP dennoch Einsitz in der GRK. Als Ivo von Büren ihn darauf ansprach, meinte Urs Wirth, dass man immer von innen nach aussen arbeiten müsse.
- 3.2.1.5 Boris Banga ist der Auffassung, dass man immer klüger werden kann. Zuhanden des Protokolls wird festgehalten, dass die anderen Parteien auch Mitglieder nominieren können.
- 3.2.2 Zu Ziff. 32:
- 3.2.2.1 Ivo von Büren stellt den Antrag, Ziff. 32 ("*Migranten und Migrantinnen sind differenziert als selbstverantwortliche Menschen wahrzunehmen.*") zu streichen.
- 3.2.3 Zu Ziff. 42:
- 3.2.3.1 Ivo von Büren stellt den Antrag, Ziff. 42: zu folgendem Wortlaut abzuändern: "*Sie fördert durch sachliche Informationen das Verständnis für unsere Gesetze, Rechte und Pflichten, und hilft damit unsere Kultur zu respektieren.*"
- Er begründet den Antrag damit, dass die Migrantinnen und Migranten lernen müssen, wie es hier in der Schweiz geht. Mit dem vorgeschlagenen Text sind die Erwartungen klarer formuliert.

- 3.2.4 Neue Ziff. 46:
- 3.2.4.1 Ivo von Büren beantragt, folgende Aufgabe (neue Ziff. 46) dem Pflichtenheft hinzuzufügen: *"Sie evaluiert die geförderten und unterstützten Integrationsbestrebungen, Projekte und Massnahmen und informiert den Gemeinderat halbjährlich darüber."*
- Es geht darum, dass der Gemeinderat darüber informiert wird, was die Kommission macht.
- 3.3. Antrag der SP:
- 3.3.1 Zu Ziff. 41:
- 3.3.1.1 Anna Duca, Ersatzgemeinderätin, stellt den Antrag, Ziff. 41 mit dem Wort "Wirtschaft" zu ergänzen: *"Sie unterstützt geeignete Massnahmen und Projekte, die den Migrantinnen und Migranten den Zugang zu unserer Sprache, Kultur und Wirtschaft wie auch zu unseren Behörden und Institutionen erleichtern und damit ihre Integration zu fördern."*
- Man erwartet von Migrantinnen und Migranten nicht nur das Lernen der Sprache und Kultur und die Handhabung mit den Behörden und Institutionen, sondern auch die Teilhabe und Mitverantwortung am wirtschaftlichen Leben. Es ist mehr als anerkannt, dass Migrantinnen und Migranten mit einem Namen, welcher auf "-ic" endet, oft von vornherein aufgrund ihres Namens trotz ausgezeichneter Qualifikationen nicht zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden. Andererseits muss man aber auch feststellen, dass Migrantinnen und Migranten aufgrund von fehlendem Wissen ebenfalls nicht zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden, und dies nur deshalb, weil ihre Bewerbungsunterlagen nicht den Gepflogenheiten entsprechen. Sie hat bereits die Erfahrung gemacht, dass Migrantinnen und Migranten anstelle eines tabellarischen Lebenslaufs, einen Aufsatz verfassen, weil dies in ihrem Heimatland so üblich ist. Es versteht sich von selbst, dass ein solches Bewerbungsdossier von vornherein aussortiert wird. Die Integrationskommission hat deshalb auch die Aufgabe, Migrantinnen und Migranten den Weg zur Wirtschaft sprich in die Arbeitswelt zu erleichtern, z.B. mit Tipps. Es geht nicht darum, dass man ihnen einen Job verspricht, sondern um Unterstützung bei der Arbeitssuche. Letztlich erwartet man von Migrantinnen und Migranten auch, dass sie für ihren Lebensunterhalt selbständig aufkommen.
- 3.4. Stadtschreiber François Scheidegger erklärt, dass die Integrationskommission nur die in der Vorlage erwähnten Änderungsanträge vorberaten hat. Die von der SP und SVP gestellten Anträge stehen heute gar nicht zur Diskussion. Darüber kann nicht im Rahmen der heutigen Sitzung Beschluss gefasst werden. Es sind neue Anträge, die ordnungsgemäss traktandiert werden müssen. Die Integrationskommission muss Gelegenheit haben, die neuen Anträge vorzubereiten. Auch die GR-Fraktionen müssen diese Punkte noch diskutieren können.
- 3.4.1 Gemeinderat Heinz Müller ist der Ansicht, dass es sich nur um kleinere Änderungen handelt. Wenn man die Anträge heute beschliessen könnte, würde man etwas für die Effizienz des Gemeinderates tun.
- 3.4.2 Die Detailberatung bezieht sich, so Boris Banga, nur auf die Anträge 2.2. bis 2.7. gemäss IK-Vorlage. Er macht beliebt, die Anträge der SVP und SP heute entgegen zu nehmen und die Vorlage an die Integrationskommission zurückzuweisen. Diese wird beauftragt, die Anträge zu prüfen und dem Gemeinderat zuhanden einer 2. Lesung Bericht und Antrag zu unterbreiten.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Die Integrationskommission wird beauftragt, die Zusatzanträge unter Ziff. 3.2. und 3.3. hiervor zu prüfen und dem Gemeinderat zuhanden einer 2. Lesung Bericht und Antrag zu unterbreiten:

Vollzug: IK

IK

5.8.8 / acs

Interpellation Fraktion SVP: Situation des Skaterparks bei der Bocciahalle

Vorlage: BD/26.11.2009

1. Mit Datum vom 20. Oktober 2009 reichte die SVP-Fraktion folgende Interpellation ein (Erstunterzeichner: Heinz Müller):

1.1. *Interpellationstext*

Seit Ende April 2008 ist der Skaterpark bei der Bocciahalle in Betrieb. Es ist davon auszugehen, dass erste Erfahrungen aus dem ersten «Betriebsjahr» des Skaterparks abgeleitet werden können. Zudem können sicher auch Aussagen zum Benutzerspektrum und zu den Aufwendungen betreffend Unterhalt gemacht werden. Ebenfalls interessiert es die Interpellanten, in wie weit die im GR Beschluss Nr. 2079 beschlossenen Punkte, resp. Auflagen erfüllt wurden.

Deshalb bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Wie stark wird der Skaterpark bei der Bocciahalle genutzt (Anzahl Benutzer, Altersgruppen, Zeit der Benutzung und an welchen Wochentagen vor allem)?*
- 2. Sind bereits Kosten für Unterhalt oder Reparaturen angefallen? Wenn ja, wie hoch waren diese und wer trägt diese Kosten?*
- 3. Wer trägt die Verantwortung für die Anlage (Haftung, Kontrolle, Aufsicht und Schlüsselkontrolle)?*
- 4. Ist der Trägerverein resp. die Interessengemeinschaft, wie in verschiedenen Unterlagen zum Skaterparkgeschäft erwähnt, gegründet worden? Gibt es dazugehörige Statuten?*
- 5. Gab es im Zusammenhang mit dem Skaterpark vermehrt Probleme mit Littering, Belästigungen, Lärm oder anderen Vorkommnissen?*
- 6. Wurden bereits öffentliche Skaterveranstaltungen (sportliche Wettkämpfe, Vorführungen etc.) durchgeführt, welche unter anderem als Begründung für die Notwendigkeit eines Skaterparks aufgeführt wurden?*
- 7. Wurde der Standort nach den heutigen Erfahrungen richtig gewählt?*

2 Beantwortung

- 2.1. Gemäss Stadtpräsident Boris Banga wurde die Interpellation von der Baudirektion beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).
- 2.2. Stadtbaumeister Claude Barbey präzisiert zu Ziff. 2.3. der Vorlage, dass der Verein den Gebrauchsleihvertrag unterzeichnet hat. Allerdings hat ihn die Stadt Grenchen noch nicht gegengezeichnet.

3. Begründung

- 3.1. Gemeinderat Heinz Müller kann selbst nicht beurteilen, wie viel der Skaterpark besetzt ist. Ihm ist aufgefallen, dass praktisch nie Jugendliche oder Benutzer auf diesem Skaterpark sind. Angesichts dieser Erkenntnisse hat er die vorliegende Interpellation eingereicht. Für ihn ist aufgrund der Beantwortung jetzt klar, dass die Benutzer vermutlich nicht wissen, wann die Anlage offen ist. Dass es einen Hag braucht, ist unbestritten, allerdings wirkt er eher abschreckend. Er hatte einmal in einer anderen Stadt Gelegenheit, einen Skaterpark zu besuchen. Dort war eine ganze Meute von Skatern auf dem Skaterpark. Die Anlage befand sich aber anders als in Grenchen an einem zentralen Ort. Jetzt kann man wieder darüber streiten, welches der bessere Standort gewesen wäre. Von den Benutzerzahlen her wäre der Lindenpark sicher besser gewesen. Dass es vielleicht andere Probleme gegeben hätte, akzeptiert die SVP. Da die Anlage die nationalen und internationalen Vorgaben für Wettkämpfe nicht erfüllt, wird es nie möglich sein, solche Veranstaltungen in Grenchen durchzuführen. Damit wird die Attraktivität des Skaterparks etwas geschmälert. Diese Vorgaben konnten wohl aus Kostengründen nicht eingehalten werden. Wenn man sieht, wie der Skaterpark heute benutzt wird, kann er für diesen Entscheid ein gewisses Verständnis aufbringen. Er möchte die Skaterinnen und Skater aufrufen, den Skaterpark auch rege zu benutzen. Sie mussten lange darauf warten und haben viele politische Kräfte engagiert, um ihren Skaterpark zu erhalten. Der Skaterpark verursacht jährlich mehrere zehntausend Franken Unterhalt. Er geht davon aus, dass die Skater den Skaterpark nun auch benutzen, denn sonst könnte man es allzu leicht als Zwängerei oder Modeerscheinung abstempeln, und dies wäre wirklich schade und zum Fenster hinausgeschmissenes Geld. Heinz Müller erklärt sich von der Antwort befriedigt.
4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

BD
JUKO
FV
RD
Stapo

3.4.5 / acs

Erschliessungsstrasse im Bereiche des Gestaltungsplanes „Kastels“ / Strassenbenennung: Antrag der Kulturkommission und der Baudirektion Grenchen

Vorlage: BD/24.11.2009

Gemeinderat Aldo Bigolin begibt sich als betroffener Architekt in den Ausstand.

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Stadtbaumeister Claude Barbey ausführt, wurde an der gemeinsamen Sitzung der Bau-, Planungs- und Umweltkommission BAPLUK mit der Kulturkommission KuKo beschlossen (Beschluss Nr. 54 vom 06.05.2002), dass Vorschläge für die Benennung bzw. Umbenennung von Strassen durch die Baudirektion erarbeitet werden. Bei Strassen mit historischem Hinter- oder Untergrund wird die Kulturkommission einbezogen. Die Vorschläge werden über die BAPLUK dem Gemeinderat zum Entscheid unterbreitet.
- 1.1.1 Die neu zusammengesetzte KuKo hat an der Sitzung vom 5. November 2009 beschlossen, dass sie bei allen Strassenneu- und -umbenennungen weiterhin (wieder) konsultiert werden will.
- 1.2. Grundlage
 - 1.2.1 Mit dem Gestaltungsplan „Kastels“ wurde die für die Erschliessung der inneren Parzellen notwendige Strasse mit Anschluss an die Alpenstrasse genehmigt (RRB Nr. 1661 vom 16.09.08).
 - 1.2.2 Die Erschliessungsstrasse mit dem zentralen Platz ist als öffentlicher Strassenbereich ausgeschieden und wird nach Abschluss der Bauarbeiten von der Stadt Grenchen übernommen.
- 1.3. Bei der bestehenden Gebäudenummerierung an der Alpenstrasse wurde nicht mit dem Anschluss eines „neuen Quartiers“ an dieser Stelle gerechnet.
 - 1.3.1 Durch die Erschliessungsstrasse werden insgesamt ca. 30 Gebäude von der Seite Alpenstrasse her erschlossen. Ein neuer Strassenname erscheint in diesem Fall sinnvoller als die Umnummerierung der bestehenden Liegenschaften.
- 1.4. Das Amt für Standortmarketing, Kultur und Sport, hat auf die Anfrage vom 5. Mai 2009 mit der Stellungnahme vom 17 Mai 2009 einer Benennung der neuen Strasse in Eduard Rothen-Strasse den Vorzug gegeben.

- 1.4.1 Von den in der ersten Vorlage aufgeführten möglichen Strassennamen (Eduard Rothen-Strasse, Hofstatt, Quellenweg, Tripoliweg) wurde durch BAPLUK-Beschluss Nr. 41 vom 25. Mai 2009 dem Gemeinderat die Benennung in „Quellenweg“ beantragt.
- 1.5. Die erste Vorlage wurde durch den Gemeinderat mit Beschluss Nr. 2233 vom 16.06.2009 zur Überarbeitung an die Baudirektion zurückgewiesen.
- 1.6. Das Amt für Standortmarketing, Kultur und Sport hat auf Anfrage vom 2. Juli 2009 die Stellungnahme vom 17. Mai 2009 umgehend bestätigt; ein Beschluss der KuKo werde jedoch erst an der nächsten Sitzung erfolgen.
- 1.7. Die KuKo hat an der Sitzung vom 5. November 2009 das Stadtarchiv mit weitergehenden historischen Abklärungen beauftragt und diese per Zirkularbeschluss vom 23. November 2009 genehmigt.
- 1.8. Auf Vorschlag der Stadtarchivarin beantragt die KuKo dem Gemeinderat die folgenden Strassenbenennungen:
- 1.8.1 Alemannenweg (neue Erschliessungsstrasse)
- Das zu überbauende Gebiet befindet sich im Norden der Stadt angrenzend zum Gebiet Studen. Das Gebiet wurde von den Alemannen urbar gemacht. Als Bezeichnung einer Bevölkerungsgruppe nimmt der Name Alemannenweg Bezug auf die beiden westlich gelegenen Strassen Burgunderweg und Keltenweg.
- 1.8.2 In den Stauden (neue Fusswegverbindung)
- Der Übersichtsplan der Stadt Grenchen von 1866 – 1870 enthält die alten Flurnamen. Das Gebiet wird dort mit „In den Stauden“ bezeichnet. Der Name nimmt Bezug auf die Waldrodungen der Alemannen.
- 1.9. Die Benennung sollte möglichst kurzfristig umgesetzt werden können; die ersten Landverkäufe sind erfolgt und die anstehenden Baubewilligungen sollten mit der richtigen Strassenbezeichnung erfolgen.
- 1.10. Die durch das Stadtarchiv vorgeschlagenen Benennungen nehmen Bezug auf die örtlichen historischen Gegebenheiten ergeben auch im Zusammenhang mit den westlich vorhandenen Strassen (Burgunderweg, Keltenweg) einen nachvollziehbaren Sinn.
- 1.11. Die Baudirektion schlägt in Übereinstimmung mit dem Beschluss der KuKo und der Stellungnahme des Amtes für Standortmarketing, Kultur und Sport die neue Strasse in „Alemannenweg“ und die Fusswegverbindung in „in den Stauden“ zu benennen.
- 1.12. Angela Kummer, Präsidentin der Kulturkommission, bedauert, dass es so lange gegangen ist. Da sich die neue Kulturkommission zuerst konstituieren musste, hat sich das Geschäft um eine Sitzung verzögert. Mit diesen beiden Vorschlägen sollte es möglich sein, eine Entscheidung zu treffen.
2. Eintreten
- 2.1. Für Gemeinderat Daniel Trummer waren Strassenbenennungen bisher immer ein wenig wie Zangengeburt. Es war nie ganz klar, wie man vorgehen soll. Wenn jetzt in der Vorlage steht, dass man die Kulturkommission wieder konsultieren will, dann findet er dies richtig. In der SP-Fraktion wurde die Vorlage diskutiert. Man war der Ansicht, dass beide Ideen vom Weg und in den Stauden richtig, historisch gewachsen sind. Sie sind besser als die anderen Vorschläge. Die SP ist für Eintreten.

- 2.2. Die SVP, so Gemeinderat Marc Willemin, hat das Geschäft auch geprüft und kann die Vorschläge auch unterstützen. In diesem Sinne ist die SVP für Eintreten.
- 2.3. Wie Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi FdP ausführt, wurden die Vorschläge auch in der FdP-Fraktion erörtert. Es wurde auch noch der Namen "Goldgässli" vorgeschlagen, nachdem man schon soviel darüber diskutiert hat. Sie möchte festhalten, dass der richtige Weg nicht eingehalten worden ist. Es ist eigentlich vorgesehen, dass die BAPLUK die Namen zuhanden des Gemeinderates eingibt. Die FdP ersucht die Verwaltung, das nächste Mal entsprechend zu verfahren. Mit dem Namen "In den Stauden" bekundet die FdP Mühe. Für sie klingt das nach "Aus dem Gebüsch". Da die Studenstrasse in der Nähe ist, beantragt er, diesen Bereich ebenfalls Studenstrasse zu benennen, ergänzt mit den Buchstaben A, B, C.
- 2.4. Laut Andreas Kummer findet die CVP den Vorschlag gut. Auch die Namensgebungen "Alemannenweg" und "In den Stauden" wurden historisch recherchiert. Es ist auch stimmig mit den anderen Strassennamen. Die CVP ist der Auffassung, dass "In den Stauden" ein spezieller Ausdruck ist, der aber eine gewisse Eleganz besitzt. Die CVP unterstützt den Vorschlag, wie er aus der Kulturkommission gekommen ist.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Hubert Bläsi stellt den Antrag, dass "In den Stauden" durch Studenstrasse A, B, C ersetzt wird.

Der Antrag von Hubert Bläsi wird mit 8 : 6 Stimmen abgelehnt.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Dem Gemeinderat wird beantragt, die Benennung im Bereich des Gestaltungsplans „Kastels“ wie folgt zu genehmigen:
- 4.1.1 „Alemannenweg“ für die neue Erschliessungsstrasse.
- 4.1.2 „In den Stauden“ für die neue Fusswegverbindung.

Vollzug: BD

BAPLUK
BD
SMKS
KUKO

6.2 / acs

Stadt Grenchen

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 13

vom 8. Dezember 2009

Beschluss Nr. 2318

Entscheidungsgrundlagen für die Alterspolitik

Vorlage: SDOL/24.11.2009

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Kurt Herr Jaggi, the move consulting ag, präsentiert anhand von Schaubildern die Entscheidungsgrundlagen für die Alterspolitik der Stadt Grenchen.
- 1.2. Kurt Boner, Leiter Soziale Dienste Oberer Leberberg, ergänzt, dass keine politischen oder anderen Kräfte die Lösung der Berntor AG befürworten. Der Anbieter muss sich zuerst etablieren und vertrauensbildende Massnahmen ergreifen.

2. Eintreten

- 2.1. Laut Gemeinderat Ivo von Büren ist für die SVP alles klar. Sie braucht daher keine 2. Lesung. Bei diesem Geschäft ist die SVP auch in der AG Alterspolitik tätig gewesen. Dies hat zur Entscheidung geführt, dass sie gemäss Vorlage fahren und das Modell A1 unterstützen will.
- 2.2. Gemäss Gemeinderat Renato Müller hat der nachträgliche Versand eines Positionspapiers von der in der Arbeitsgruppe involvierten Berntor AG zur Schaffung einer Immobilien- bzw. einer Betriebsgesellschaft nicht nur bei ihm, sondern auch bei seinen Fraktionskollegen und bei einzelnen Mitgliedern aus der Arbeitsgruppe für Irritationen gesorgt. Die FdP-Fraktion ist der Ansicht, dass diese Vorschläge zurzeit nicht näher geprüft werden müssen und sich somit eine 2. Lesung erübrigt. Mit der Überprüfung der Alterspolitik der Stadt Grenchen wird der nötige Spielraum geschaffen, um Anpassungen an neue Situationen und Entwicklungen vorzunehmen. Das ist heute umso wichtiger, als dass die demographische Bevölkerungsentwicklung, die generell höhere Lebenserwartung nach neuen und angepassten Wohn- und Pflegeformen rufen. Der Auftritt und die Absichten der Berntor AG könnten in Zukunft die Angebotspalette für Altersdienstleistungen für die Grenchner Bevölkerung erweitern. Die nun vorliegenden Entscheidungsgrundlagen zeigen auf, wie eine künftige und zeitgemässe Altersversorgung aussehen könnte. Aufgrund der bezogenen Positionen der Stiftung Alterssiedlung Grenchen wie auch der Berntor AG ist zurzeit nur die vorgeschlagene Variante „A1“ möglich. Eine Konkurrenzsituation (Modell A1) darf sich aber nicht nachteilig auf das Pflegeangebot auswirken und eine Wettbewerbssituation muss positiv auf die Faktoren Qualität und Kostenverlauf einwirken. Das Modell A1 ist ein gangbarer Weg und lässt Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit offen.

Mit der aktuellen Ausgangslage ist es heute auch legitim zu verlangen, dass sich die Berntor AG mit ihrem Projekt zuerst unter Beweis stellen muss. Eine gute Partnerschaft muss man sich erarbeiten und in der Stiftung Alterssiedlung Grenchen steht ein verlässlicher Partner zur Verfügung, der seit Jahrzehnten im strategischen wie auch im operativen Bereich ausgezeichnete Arbeit zu Gunsten der älteren Generationen der Grenchner Bevölkerung leistet. In diesem Sinne ist die FdP-Fraktion für Eintreten. Sie teilt die in den Entscheidungsgrundlagen genannten Einschätzungen und Empfehlungen und unterstützt die in der Vorlage genannten Beschlüsse.

- 2.3. Die CVP, so Gemeinderat Andreas Kummer, begrüsst das Auftreten der Berntor AG in der Altersvorsorgung. Sie sorgt damit für Konkurrenz und eine gewisse Dynamik und eventuell für eine Ergänzung des Angebots in diesem Bereich. Für sie ist wichtig, dass die Steuerung der Stadt in diesem Bereich erhalten bleibt und die Stadt die Zügel in der Hand behält. Es existieren gut gewachsene und sehr bewährte Strukturen in der Alterspolitik, die man nicht ohne Not verändern sollte. Das Zusammengehen mit der Berntor AG bzw. ein Nebeneinander-Existieren in einer Konkurrenzsituation findet die CVP ebenfalls gerade in der Anfangssituation sehr gut. Eine spätere Zusammenarbeit ist nicht ausgeschlossen, allenfalls sogar erwünscht. Die CVP favorisiert deshalb das Modell A1 und braucht in diesem Sinne auch keine 2. Lesung.
- 2.4. Wie Gemeinderat Urs Wirth ausführt, unterstützt auch die SP-Fraktion das Modell A1. Zum jetzigen Zeitpunkt macht es durchaus Sinn. Auch sie braucht keine 2. Lesung, sondern der Ansicht, dass man die Vorlage heute abschliessend behandeln kann. Wichtig ist es, dass die Stadt den direkten Einfluss auf die Alterspolitik und die -versorgung behält, die Leistungsaufträge auch weiterhin durch die Stadt definiert werden und die Stadt die Steuerung in der Altersversorgung behält. In diesem Sinne stimmt die SP-Fraktion der Vorlage zu und dankt in diesem Zusammenhang der Arbeitsgruppe und dem Stiftungsrat für die ausgezeichnete Arbeit.
- 2.5. Gemeinderätin Clivia Wullimann hat sich bei diesem Geschäft gefragt, was sie sich als alte Frau wünscht. Sie möchte möglichst mehrere Anbieter haben, damit sie die Produkte vergleichen und wählen kann, was sie will. Mit den Modellen B und C gibt es keine Konkurrenz mehr. Clivia Wullimann sieht als zukünftige Alte keinen Vorteil an der Zusammenarbeit mit der Berntor AG. Die Berntor AG und das Pflegezentrum Sonnenpark wollen Geld verdienen, was legitim und selbstverständlich ist. Man muss sich aber überlegen, wie Geld verdient werden kann. Es kann Geld verdient werden, indem man keine öffentlichrechtlichen, sondern privatrechtlichen Arbeitsverträge abschliesst. Man kann Geld sparen, indem man billige ausländische Mitarbeiter/-innen für die Pflege engagiert. Will sie das als alte Frau? Will sie von jemandem gepflegt werden, der relativ schlecht Deutsch spricht? Dies ist nicht ausländerfeindlich. Das ist die Realität und passiert heute auch schon in der Alterspflege. Es wird heute schon Personal beschäftigt, die nicht richtig Deutsch bzw. Schweizerdeutsch spricht. Gerade in der Alterspflege ist es sehr wichtig, dass man die Leute versteht. Für Clivia Wullimann kommt nicht in Frage, dass das Altersheim Weinberg ohne Not weggegeben wird. Sie ist daher ebenfalls für die Variante A1.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die künftige Zusammenarbeit auf der Basis von Modell A1 zu konzipieren ist.

4.2. Die Zusammenarbeit mit den direkt angebotenen Institutionen (Stiftung Alterssiedlung / Spitex) wird mittels Leistungsaufträgen durch die Stadt konkretisiert. Die Leistungsverträge bilden für das Gespräch und die Zusammenarbeit mit den übrigen Anbietern in einen verbindlichen Rahmen.

4.3. Die Modelle B1 und B3 und die C-Modelle bleiben als Option für einen späteren Zeitpunkt bestehen.

4.4. Die Stadt Grenchen ist an der Mitgestaltung der weiteren Entwicklung aktiv beteiligt und setzt dafür einen Kooperations- und Koordinationsausschuss ein; die Sozialen Dienste Oberer Leberberg werden beauftragt, dem Gemeinderat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

4.5. Die Sozialen Dienste Oberer Leberberg werden beauftragt, dem Gemeinderat vor Ablauf von fünf Jahren Bericht zu erstatten über die Entwicklung (in die Beurteilung der künftigen Entwicklungen sollen namentlich folgende Aspekte einfließen: Entwicklung und Erfolg der Kooperation, Rolle und Einfluss der Plattform)

Vollzug: SZA

Beilage: the move consulting ag: Präsentation "Entscheidungsgrundlagen für die Alterspolitik der Stadt Grenchen" (Folien 1-6)

SDOL
FV
Alterssiedlung Grenchen

5.5.1 / acs

Überparteiliches Postulat (SP, FdP, SVP, CVP): Zusammenführen von Feuerwehr und Zivilschutz (evtl. auch ARD) zu einer Organisationseinheit: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: GRB 2312/17.11.2009

1. Mit Datum vom 12. November 2009 reichten SP, FdP, SVP, CVP folgendes überparteiliches Postulat ein (Erstunterzeichner: Urs Wirth):

- 1.1. *Postulatstext:*

Es ist ein altes Anliegen des Gemeinderates, die Bereiche Feuerwehr und Zivilschutz in einer Organisationseinheit zu führen. Im Sinne eines Postulates wird der Stadtpräsident gebeten, eine solche Zusammenlegung zu prüfen und dabei noch folgende Fragen zu beantworten:

1. *Dem Vernehmen nach geht der Feuerwehrkommandant im Verlaufe der nächsten anderthalb Jahre in Pension. Im Zusammenhang mit diesem Personalwechsel bietet sich Gelegenheit, die Frage zu prüfen, ob die beiden Organisationen Feuerwehr und Zivilschutz zu einer Organisationseinheit zusammenzuführen wären.*
2. *Medienberichten zufolge besteht die Absicht, die Stützpunktfeuerwehr Grenchen und die Flughafenfeuerwehr zu vereinen. Trifft dies zu resp. wie ist der Stand dieses Geschäftes und welche finanziellen Auswirkungen sind zu erwarten?*
3. *Mit dem Ambulanz- und Rettungsdienst ist dem städtischen Polizeikorps ein Bereich angegliedert, der nicht zu den eigentlichen Kernaufgaben dieser Abteilung gehört. Es stellt sich die Frage, ob nicht - ohne Qualitätsverlust - eine Angliederung zu einem anderen Bereich - zum Beispiel der neuen Organisationseinheit - prüfenswert wäre?*

Begründung

Die Frage des Zusammenführens der beiden Bereiche Feuerwehr und Zivilschutz bzw. das Einsetzen einer einheitlichen Führung, stellte sich den städtischen Behörden letztmals im Jahre 2005. Damals wurde aus personellen Gründen auf einen Zusammenschluss verzichtet. Der jetzige Feuerwehrkommandant wird in absehbarer Zeit in den Ruhestand treten. Damit ergäbe sich die Gelegenheit, rechtzeitig die Organisationsstruktur der Sicherheitsdienste einer näheren Überprüfung zu unterziehen.

Ebenso ist die Anbindung des ARD zu prüfen. Eine Anbindung an den Sicherheitsdienst „Feuerwehr und Zivilschutz“ ergäbe möglicherweise ein gewisses Mass an Effizienz- und Synergiepotential.

Ein Blick in andere Städte und Gemeinden vergleichbarer Grösse, zeigt, dass ein Zusammenschluss von Feuerwehr und Zivilschutz zu einer Organisationseinheit heute usus und durchaus sinnvoll sein kann.

2. Begründung der Postulanten

- 2.1. Gemeinderat Urs Wirth weist darauf hin, dass die Frage der Zusammenführung schon mehrmals im Gemeinderat diskutiert worden ist. Auf dem Hintergrund der bevorstehenden Pensionierung des Feuerwehrkommandanten macht es durchaus Sinn, wenn die Frage nochmals geprüft wird, und zwar personenunabhängig. Er bittet den Gemeinderat, das Postulat erheblich zu erklären. Er ist gespannt, auf welche Lösungsansätze man kommen wird.

3. Erläuterungen

Stadtpräsident Boris Banga nimmt Stellung wie folgt:

- 3.1. Die teilweise oder gänzliche Zusammenführung von Polizei, Feuerwehr und Zivilschutz bildete in den vergangenen Jahren immer wieder Thema in den Behörden. Er kann an dieser Stelle nicht die ganze Geschichte aufrollen, möchte aber doch kurz auf die wichtigsten Eckpunkte eingehen.
- 3.2. Schon im Jahre 1997 hatte der Gemeinderat einen Experten beauftragt, die Schaffung eines Amtes für Sicherheit zu prüfen. Der so genannte Bericht Sartory kam im Wesentlichen zum Schluss, dass Grundvoraussetzung für den reibungslosen Ablauf eines Ernstesinsatzes eine vollwertige Vertretung des Sicherheitschefs in den einzelnen Bereichen sei. Das heisst, dass auch bei einer Zusammenführung der Dienste die bereichsinterne Fachkompetenz vorhanden sein muss. Aus diesem Grunde ging man davon aus, dass weder kurz- noch längerfristig eine substantielle Einsparung beim Personalaufwand möglich sei. Hingegen bringe eine Zusammenführung der Sicherheitsdienste durchaus wertvolle Synergien und Effizienzsteigerungen in den Bereichen Zusammenarbeit, Organisation, Administration und vor allem bei der Materialbewirtschaftung. Geprüft wurde dabei insbesondere auch eine Teilfusion der Bereiche Feuerwehr und Zivilschutz.
- 3.3. Nach einer kontroversen Diskussion beschloss der Gemeinderat am 16. Dezember 1997, vorläufig die drei Bereiche Feuerwehr, Polizei und Zivilschutz mit je einem Abteilungschef bestehen zu lassen. Gleichzeitig sollte die so genannte "Organisationsvariante A" - welche die sukzessive organisatorische Verschmelzung mit dem Polizeikommandanten als Sicherheitschef zum Gegenstand hatte - als Endziel bestehen bleiben. Bei Mutationen bei den Abteilungsvorstehern sollte im Sinne der Zielvariante vorgegangen werden.
- 3.4. Im Zusammenhang mit der Demission des seinerzeitigen Zivilschutzkommandanten Fridolin Maier wurde die Grundsatzdiskussion bezüglich Organisation der Sicherheitsdienste wieder aufgenommen. Zur Debatte standen drei Varianten: Der Ist-Zustand, die 1997 beschlossene "Variante Sicherheitschef" sowie die so genannte "Organisationsvariante B", welche die Zusammenfassung von Feuerwehr und Zivilschutz zum Gegenstand hat.
- Der Rat war sich mehr oder weniger einig, dass das Amt für Sicherheit keine Option mehr darstelle, weshalb er den Beschluss aus dem Jahre 1997 aufhob. Indessen wurden gute Gründe sowohl für eine Teilintegration sowie für die Beibehaltung des Status quo ins Feld geführt. Letztere Variante obsiegte in der Folge mit 10 zu 5 Stimmen.

- 3.5. Mit der 2010 bevorstehenden Pensionierung des Feuerwehrkommandanten bietet sich grundsätzlich erneut die Gelegenheit, die Organisationsstruktur der Sicherheitsdienste im Sinne des Postulates - das heisst einer Zusammenführung von Zivilschutz und Feuerwehr - zu überprüfen. Polizei- und Zivilschutzkommandant sind einer solchen Überprüfung positiv eingestellt, auch was die angeregte gleichzeitige Überprüfung der organisatorischen Einbindung des Ambulanz- und Rettungsdienstes angeht.
- 3.6. Der Feuerwehrstab spricht sich dagegen klar gegen eine Verschmelzung mit dem Zivilschutz aus. Zur Begründung wird angeführt:
- Die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Zivilschutz ist bereits sehr gut und bewährt, für ein organisatorisches Eingreifen besteht kein Bedarf.
 - Die Einsatzaufgaben sind durch Bund und Kanton klar geregelt. Die Feuerwehr ist das erste Einsatzelement und wird wenn nötig bei Grossereignissen oder Katastrophen durch den Zivilschutz abgelöst.
 - Für die Behörde ist je ein kompetenter Bereichsleiter aus finanzieller Sicht das effizienteste und kostengünstigste System.
 - Generell sollte man nichts ändern, wenn man es nicht durch etwas Besseres ersetzen kann.
- 3.7. Bei einer Unterstellung der Feuerwehr unter den Zivilschutz werden negative Auswirkungen erwartet wie schwerfällige Kommunikation, Kompetenzverlust des Feuerwehrkommandanten, geringere Identifikation des Corps, Schaffung von unnötigem Koordinationsaufwand usw. Hingegen würde die Feuerwehr eine engere Zusammenarbeit mit dem Ambulanz- und Rettungsdienst begrüssen, da bereits diverse Angehörige der Feuerwehr in einer Doppelfunktion tätig sind und schon heute mehrere Übungen und Einsätze zusammen stattfinden.
- 3.8. In der Tat ist die Entwicklung im ganzen Bereich der Blaulichtorganisationen derart rasant, dass auch ihm eine Neuurteilung der Organisationsstruktur zum heutigen Zeitpunkt sinnvoll erscheint. Dabei wird natürlich den Vorbehalten der Feuerwehr angemessene Rechnung zu tragen sein. Boris Banga beantragt deshalb, das überparteiliche Postulat erheblich zu erklären.
- 3.9. Die Fusion von Organisationen sind in jeder Hinsicht anspruchsvolle Prozesse. Die Verwaltung erachtet deshalb den Beizug eines in Reorganisationsfragen von Sicherheitsorganisationen versierten Fachmannes als unabdingbar. Für den Fall der Erheblicherklärung wird dem Gemeinderat in einem ersten Schritt ein Vorschlag für die Projektorganisation verbunden mit dem nötigen Nachtragskredit beantragt werden.
- 3.10. In Beantwortung der im Postulat gestellten Frage kann er bestätigen, dass die Integration der Flughafenfeuerwehr in die Stützpunktfeuerwehr in Vorbereitung ist, die Gemeinderatskommission wurde am 4. März 2009 orientiert und hat grünes Licht für die Verhandlungen gegeben. Diese konnten in der Zwischenzeit erfolgreich abgeschlossen werden, die Zusammenarbeitsvereinbarung liegt im Entwurf vor.
- Zur Zeit läuft das verwaltungsinterne Koordinationsverfahren. Boris Banga geht davon aus, dass dem Gemeinderat anfangs des nächsten Jahres eine Behördenvorlage unterbreitet werden kann, so dass die Integration zirka im Frühling wird stattfinden können.

4. Diskussion

- 4.1. Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP das Postulat erheblich erklären wird. Er macht beliebt, die Sache langsam anzugehen. Wie man vernommen hat, hat auch die Feuerwehr noch ein paar Modelle, die sie vorstellen möchte. Die SVP ist der Ansicht, dass man diese auch überprüfen und berücksichtigen sollte, wenn man eine Entscheidung trifft. Vielleicht wäre eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen Gruppen wie z.B. Feuerwehr, Zivilschutz, Rettungsdienst, Verwaltung und Gemeinderäte nicht schlecht, damit man zu einer Lösung kommt, hinter der alle stehen können und mit der alle zufrieden sind.
- 4.2. Boris Banga versichert, dass dies so vorgesehen ist.
- 4.3. Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

5. Beschluss

- 5.1. Das Postulat wird erheblich erklärt.

Vollzug: KZL

Stapo
ARD
ZSO
FW
RD
PA
FV

1.0.8 / acs

Schulen Grenchen: Überarbeitung des IKT-Konzepts, Bewilligung eines Kredites zu lasten der Investitionsrechnung; Ergänzungsvorlage: 3. Lesung

Vorlage: GLSG/API / 20.11.2009

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Roger Kurt, Vorsitzender Geschäftsleitung Schulen Grenchen, erklärt, dass Vorlage und ICT-Konzept gemäss 2. Lesung angepasst wurden, und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 1.2. Gemäss Fürsprech Rudolf Junker, Leiter API & RD, wurde eins zu eins umgesetzt, was in der 2. Lesung beschlossen worden ist.

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderätin Clivia Wullimann bittet den Gemeinderat, auf die in der 2. Lesung gestrichenen Anträge zurückzukommen. Sie lauten wie folgt:
 - *Der Beschaffung von 53 Notebooks für Klassenlehrpersonen im Jahre 2010 wird zugestimmt. (Ziff. 3.8. der Vorlage GLSG/API / 05.10.2009)*
 - *Der Beschaffung von 20 Notebooks für Fachlehrpersonen mit einem Pensum ab 66% im Jahre 2011 wird zugestimmt. (Ziff. 3.9. Abs. 2)*

Auch sie hat den Vergleich mit einem Ferrari und einem Peugeot gebracht. In der Zwischenzeit ist sie jedoch schlauer geworden, nachdem sie sich in Solothurn und in Olten erkundigt hat. Diese haben allesamt luxuriösere Varianten als die Stadt Grenchen. So ist sie quasi von einer Saula zu einer Paula geworden. Jeder Koch bekommt Messer und Besteck, jeder Coiffeur arbeitet mit seiner eigenen Schere und seinen eigenen Bigoudis. Nur die Lehrer sollen kein eigenes Notebook erhalten. Das Notebook ist heute ein für den Unterricht unerlässliches Arbeitsinstrument. Es lässt sich deshalb nicht logisch erklären, warum Lehrer ihre Arbeitsgeräte nicht von der Gemeinde erhalten sollen. Klar kann man jetzt sagen, dass es möglich ist, in einem Schulzimmer an einem nicht portablen Gerät zu arbeiten. Sie geht aber davon aus, dass sich engagierte Lehrer nicht nur im Schulzimmer vorbereiten, sondern auch viel Arbeit mit nach Hause nehmen. Leider steht dann aber Zuhause kein fester Computer, den ihnen die Stadt zur Verfügung stellt. In der heutigen Zeit ist es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass man einem Arbeitnehmer ein Gerät zur Verfügung stellt. Man hat auch gesehen, wie schwierig es war, sich in der Zeitung zu rechtfertigen, da es keinen logischen Grund gibt, so ein Begehren abzuweisen. Clivia Wullimann bittet den Gemeinderat, sich so kurz vor Weihnachten einen Ruck zu geben.

- 2.2. Gemeinderat Heinz Müller zitiert einen seiner ehemaligen Lehrer, welcher zu sagen pflegte: „Lege dich nie mit Lehrern an: erstens können sie sehr gut Briefe schreiben, zweitens haben sie Zeit und drittens können sie sich in ihrer Freizeit mit politischen Probleme herumschlagen. Wenn Du sie angreift, bekommst Du aus diesen drei Gründen Probleme mit ihnen.“ Der Entscheid wurde von einer Mehrheit getroffen. Aber anscheinend ist es jetzt Mode, über einmal getroffene Entscheide wieder zu diskutieren, vor allem von denjenigen, welche die Entscheide umzusetzen haben. Ihm leuchtet nicht ein, warum die Schulqualität leiden sollte, nur weil ein Lehrer kein Notebook erhält. Für ihn stellt dies kein Problem dar. Seine Mitarbeitenden haben nur ein Minimum an Laptops, sie haben alle feste Stationen und seine Firma läuft deshalb in keinster Weise schlechter. Aus diesem Grund hält die SVP an ihrer Meinung fest, dankt für die Umsetzung und wird den Anträgen gemäss überarbeiteter Vorlage zustimmen. Er bittet, jetzt nicht mehr länger darüber zu diskutieren, sondern umzusetzen, was die Mehrheit des Gemeinderates beschlossen hat.
- 2.3. Gemäss Gemeinderat Aldo Bigolin entspricht die neue Vorlage den Vorstellungen der FdP und sie wird dem Geschäft zustimmen. Wichtig für sie ist, dass alle Schüler profitieren und mit Computern arbeiten können. Sie findet es gut, dass nicht nur Drittklass-Schulzimmer, sondern auch Erstklass- und Zweitklass-Schulzimmer sowie die Hauswirtschaft, das Werken und die Kindergärten mit Multimediastationen ausgerüstet werden. Dazu kommen jetzt noch die 4 Stationen, welche in Klassenräumen ab dem 3. Schuljahr eingerichtet werden. Die FdP denkt, dass man auch mit der abgespeckten Variante ein gut funktionierendes Konzept hat, das grundsätzlich den Vorgaben des Kantons entspricht und bei Bedarf weiter ausgebaut werden kann. Sie wird der Vorlage so zustimmen. Sie hat noch eine Verständnisfrage: In Ziff. 7.1.3 des ICT-Konzeptes steht, dass für den technischen Support neu 95 Prozent eingesetzt werden. Im Beschlussesentwurf wird aber nur eine Stelle eines Informatikers Support Schulen mit einem Pensum von 75% beantragt.
- 2.4. Fürsprecher Rudolf Junker erklärt, dass bereits in der ursprünglichen Vorlage vom 5. Oktober 2009 ein Fehler vorhanden war. Richtigerweise hätte es damals heissen sollen, dass für den technischen Support neu 120 Prozent (nicht 100%) eingesetzt werden. Die Abteilung Informationssysteme (AIS) leistet bereits heute 20% für technischen Support. Bei der ersten Version waren diese 20% nicht mit eingerechnet, diesmal wurden sie berücksichtigt.
- 2.5. Die SP, so betont Gemeinderat Urs Wirth, ist ganz klar für das IKT-Konzept, sie ist aber auch für Bildung, für Qualität der Bildung und Qualität in der Informationstechnologie. Aus diesen Gründen wird sie der überarbeiteten Vorlage nicht zustimmen.
- 2.6. Laut Gemeinderat Andreas Kummer wird die CVP dieser Vorlage zustimmen, weil sie der Überzeugung ist, dass das IKT-Konzept trotz dieser Kürzung ohne Qualitätsverlust umgesetzt werden kann. Sie steht ebenfalls für Bildung und Qualität ein, und diese sind ihres Erachtens hier nicht gefährdet. Sollte tatsächlich dieser Bus wegen eines Notebooks einmal die Kurve nicht mehr erwischen, dann steht es der Verwaltung frei, mit einer neuen Vorlage zu kommen und dem Gemeinderat zu begründen, weshalb eine allfällige Änderung für die Qualität in den Grencher Schulen absolut notwendig ist. Diese Möglichkeit besteht weiterhin.

3. Detailberatung

- 3.1. Der Rückkommensantrag von Clivia Wullimann wird mit 8 : 7 Stimmen abgelehnt.

In der Schlussabstimmung erfolgt mit 8 : 7 Stimmen folgender

4. Beschluss

- 4.1. Das überarbeitete ICT-Konzept wird genehmigt. Es tritt ab Januar 2010 in Kraft.
- 4.2. Der Informatiksupport für die Schulen Grenchen wird wie folgt aufgegliedert: - Pädagogischer Support (Didaktik, Methodik und Lernsoftware, Lehrerbetreuung) - Technischer Support
- 4.3. Die ICT-Koordinatorin der Schulen Grenchen leistet den pädagogischen Support. Ihr Pensum beträgt weiterhin 62.1%. Der Aufgabenbereich fällt nicht unter den Dienstauftrag, sondern wird mit einer Entlastung um 18 Lektionen abgegolten.
- 4.4. Die Abteilung Informationssysteme (AIS) ist für den technischen Support zuständig.
- 4.5. Bei der AIS wird ab April 2010 die Stelle eines Informatikers Support Schulen mit einem Pensum von 75% geschaffen. Diese Stelle wird in die Lohnklasse 11 eingereiht.
- 4.6. Für die Besoldungskosten dieser Stelle im Jahr 2010 ist zusätzlich ein Betrag von Fr. 53'450.00 (inklusive Sozialabgaben) zu Lasten Konto 025.301.00 ins Budget aufzunehmen.
- 4.7. Die Funktion der ICT-Verantwortlichen der Schulkreise wird per Ende Schuljahr 2009/10 aufgehoben. Die jährliche Entschädigung von Fr. 9'600.00 wird ab 2011 nicht mehr ins Budget aufgenommen.
- 4.8. Der Beschaffung von
- 52 SchülerInnen Notebooks für die Primarschulstufe ab 3. Klasse
- 39 Geräten als Ersatz für alte Geräte
im Jahre 2010 wird zugestimmt.
- 4.9. Der Beschaffung von
- 18 SchülerInnen Notebooks für die Oberstufe
- 20 Notebooks als Ersatz für alte Geräte
im Jahre 2011 wird zugestimmt.
- 4.10. Für unvorhergesehene Ersatzanschaffungen von Hardware wird ein Betrag von Fr. 10'000.00 pro Jahr vorgesehen.
- 4.11. Für die Beschaffung der Hardware gemäss Ziffer 4.8 bis 4.10 wird ein Objektkredit von Fr. 207'050.00 zu Lasten IR 2010, Rubrik 291.506.xx bewilligt. Davon entfallen Fr. 141'950.00 auf das Jahr 2010 und Fr. 65'100.00 auf das Jahr 2011.

Vollzug: PA, GLSG, FV

GLSG

FKSG

ICT-Koordinatorin Schulen

SV

PA

AIS

FV

0.5.5 / acs

Stadt Grenchen

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 13

vom 8. Dezember 2009

Beschluss Nr. 2321

Postulat Heinz Müller (SVP): Zonenkonformität der Maienstrasse für ein albanisch-islamisches Kulturzentrum mit Moschee?

1. Mit Datum vom 8. Dezember 2009 reicht Heinz Müller (SVP) folgendes Postulat ein:

1.1. *Postulatstext:*

Der Stadtpräsident wird beauftragt, die Zonenkonformität eines islamischen Kulturzentrums bzw. einer Moschee an der Maienstrasse abzuklären. Ein allfälliges Baugesuch für ein solches Projekt ist bis zur Klärung der Frage zu sistieren.

Begründung:

Laut Medienberichten hat die albanisch-islamische Glaubensgemeinschaft ein Grundstück an der Maienstrasse erworben, um darauf ein Kulturzentrum mit Moschee zu bauen. Dem Vernehmen nach würde die Baubehörde ein solches Projekt bewilligen.

Die Zonenvorschriften mit den dazugehörenden Plänen bezwecken laut Zonenreglement die geordnete und vorausschauende bauliche Entwicklung der Stadt Grenchen. Gemäss rechtskräftigem Nutzungsplan befindet sich das fragliche Grundstück in der Arbeitszone 1, welche den mässig störenden Gewerbe-, Dienstleistungs- und Industriebetrieben vorbehalten ist (in beschränktem Mass sind auch Wohnungen zugelassen). Es stellt sich deshalb die Frage, weshalb ein Kulturzentrum mit Gebetshaus an der Maienstrasse überhaupt bewilligungsfähig ist.

Bauten mit einer derartigen, öffentlichen Zweckbestimmung gehören nach den üblichen Kriterien einer Stadtentwicklung in die «Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen» (§ 16 des Zonenreglements).

Der Standort Maienstrasse für ein Kulturzentrum mit Moschee ist nicht nur zonenfremd, er erscheint auch städtebaulich fragwürdig und verkehrstechnisch problematisch.

2. Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BD
RD
Stapo

7.9.1 / acs

Stadt Grenchen

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 13

vom 8. Dezember 2009

Beschluss Nr. 2322

Mitteilungen und Verschiedenes

1. Abschiebung von Sozialfällen

- 1.1. Gemäss Stadtpräsident Boris Banga gibt das Verwaltungsgericht des Kantons Solothurn der Stadt Grenchen Recht: Fulenbach und Oekinggen haben Sozialfälle abgeschoben.

Ansprache des Stadtpräsidenten zum Jahresschluss

1. Stadtpräsident Boris Banga hält folgende Ansprache:

Das politische Jahr geht mit dem Abschluss dieser Sitzung des Gemeinderates und der Gemeindeversammlung vom 15. Dezember 2009 zu Ende. Also auch Anlass für mich, einen Rückblick auf das politische Geschehen in unserer Stadt und Region zu geben.

Der Gemeinderat hat sich mit der heutigen Sitzung dreizehn Mal zu seinen Beratungen versammelt und 166 Geschäfte behandelt. (2008: 12 Sitzungen und 139 Geschäfte). Er tagte, ohne die heutige Sitzung, 28 Stunden und 35 Minuten. Die längste Sitzung dauerte 4 Stunden, die kürzeste 1 Stunde und 15 Minuten.

Die Gemeinderatskommission trat 17 Mal zu Sitzungen zusammen und beriet 167 Geschäfte (2008: 15 Sitzungen, 167 Geschäfte). Das sind – ohne die Sitzung von nächster Woche – insgesamt 21 Stunden und 10 Minuten. (2008: 19 Stunden und 55 Minuten). Die längste Sitzung dauerte 2 Stunden, die kürzeste 30 Minuten.

Aus der Flut der Geschäfte möchte ich – neben den üblichen Finanz-, Budget- und Rechnungsgeschäften – einige Dossiers hervorheben:

- *Besoldungsrevision 2010: Projektstand und weiteres Vorgehen*
- *Optimierung Busangebot Grenchen: Vernehmlassung zur Planungsstudie des Kantons Solothurn*
- *Gestaltungsplan mit Sonderbauvorschriften LANDI Reso*
- *Businessplan Grenchen 2007-2015 / Aktionsplan 2007-2015 inkl. Controllingkonzept (Firmenbefragung)*
- *Diverse Teilrevisionen der Personalordnung*
- *Sek. I – Reform Konzept Grenchen*
- *Totalrevision Reglement und Tarif für die Kindertagesstätten*
- *Gesetzesinitiative des Verbandes Solothurner Einwohnergemeinden „Sach- und Finanzverantwortung in Übereinstimmung bringen“*
- *Integrationskonzept der Stadt Grenchen*
- *Globale Wirtschaftskrise: Massnahmen der Stadt Grenchen*
- *Änderung Nutzungszonen- und Bauklassenplan*
- *Validierung der Gemeinderatswahlen, Wahl der Gemeinderatskommission und der restlichen Kommissionen und Vertretungen*
- *Pensionskasse, Beitragserhöhung*
- *Totalrevision Reglement über die Abgabe von Energie und Wasser durch die SWG*
- *Schulen Grenchen: Reporting 2008/2009*
- *Reglement über die Organisation und Durchführung der Feuerungskontrolle vom 3. Dezember 1991 / Totalrevision*
- *Provisorische Wahl der Stadtschreiberin*

- und vieles anderes mehr

Neben diversen Wirtschaftsförderungs-, Personal-, Grundstücks- und Steuergeschäften beschäftigte sich die Gemeinderatskommission insbesondere mit dem Projekt „PRÄSENZ PLUS“, Umstrukturierung/Effizienzsteigerung im Polizeicorps und der Kommandokanzlei, der Schaffung neuer, zusätzlicher Lehrstellen und mit der Sicherstellung der Rapportierung der Vertreterinnen und Vertreter in privat- und öffentlich-rechtlichen Unternehmungen, Körperschaften und Stiftungen.

Nach meinem Dafürhalten können wir wiederum eine erfolgreiche Bilanz für das zu Ende gehende Jahr ziehen. Es wurde vieles bewegt und positiv verändert. Mit zahlreichen Projekten und Massnahmen, die begonnen, fortgesetzt oder zum Abschluss gebracht wurden, haben wir das Erscheinungsbild, die Qualität und die Infrastruktur unserer Stadt weiter verbessert.

Wir können trotz schwierigster Zeiten immer noch die Ernte einfahren. Ich denke an die Eröffnung des Skaterparks, an den Spatenstich „Bellavista“, an die Einweihung des Hangars Ost, an die Eröffnung des umgebauten und erweiterten Kultur-Historischen Museums sowie an die Neueröffnung der Büroräumlichkeiten der Sozialen Dienste Oberer Leberberg.

Zahlreiche Private und Unternehmen sanierten ihre Liegenschaften und geben damit ein positives Bekenntnis zum Standort Grenchen ab.

Gerne erinnere ich mich auch an die diversen Feierlichkeiten im Zusammenhang beispielsweise mit dem Jubiläum „125 Jahre Uhrmacherschule im Kanton Solothurn“, „90 Jahre Felca-Titoni“, „50 Jahre Markuskirche Bettlach“, „60 Jahre Neue Wohnbaugenossenschaft“, „30 Jahre Wirth-Sport“, „10 Jahre Raiffeisenbank Wandfluh“, „50 Jahre Eisenbahnamateure“, „30 Jahre Familiengartenverein“, „60 Jahre Walliserverein“ sowie an die eindrücklichen Anlässe des Jubiläums „111 Jahre Gewerbeverband Grenchen“.

Nicht unerwähnt seien auch der Grenchenberglauf, die erfolgreiche Kürbisnacht, die Grenchner Wohntage, die 18. Triennale „art limited – multiple art“, der Uhrencup, das bereits traditionelle 8. Drehorgeltreffen sowie die erfolgreiche dritte Auflage der Grenchner Kinderbilderbuchtage.

In ein positives Licht setzen konnte sich unsere Stadt und Region insbesondere an der Tagung „Fachkräftemangel“ (15.1.), wo nicht nur zahlreiche Wirtschaftsvertreter, sondern auch die Regierungen der Kantone Bern und Solothurn vertreten waren, an der 78. ordentlichen Generalversammlung des AGVS (Autogewerbeverband) (29.1.), am regionalen katholischen Weltjugendtag (27.-29.3.), an der Generalversammlung des Gasverbandes Mittelland (26.3.), an der Bauinspektorenkonferenz (5.-6.6.), am 1. Kirchentag der Bezirkssynode Solothurn (7.6.), an der Tagung Fussverkehr Schweiz (18.6.), an der DV der Naturfreunde (23.10.) und an der Mitgliederversammlung KiTaS (23.10.).

Ich erinnere mich gerne an den Besuch des Thurgauer und des Solothurner Regierungsrates mit PartnerInnen im Kunsthaus vom 11. Juni, an die Begegnungen mit „unserem“ Mazzinistipendiaten, an den Ice Breaker vom 15. August auf dem Marktplatz, an die kantonalen Tennismeisterschaften und an den Förderpreis für Granges Mélanges.

Alle diese Anlässe und Feierlichkeiten unserer Vereine, aber auch von städtischen und anderen Institutionen sowie von Privaten sind notwendig für den Zusammenhalt und für die Integration unserer Bevölkerung.

Allen Initiantinnen und Initianten mein herzlichstes Dankeschön. Ihr Engagement und ihre Anstrengungen kommen auch unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zugute, die sich durch die attraktiven, vielfältigen Aktivitäten hier wohl und auch zu Hause fühlen sollen und können.

Auch in diesem Jahr wurden unsere partnerschaftlichen Beziehungen gepflegt. Neben Besuchen von Delegationen in Sélestat – so zum Beispiel zur Eröffnung der „Piscine des Remparts“ und zum 60. Geburtstag des Bürgermeister Marcel Bauer, sei speziell auf den Besuch des Jugendsinfonieorchesters Neckarsulm vom 21.-25. Mai verwiesen; die Jugendlichen gaben nicht nur ein Konzert im Parktheater – sie hatten auch die Gelegenheit, Grenchen und seine Umgebung kennen zu lernen.

Gefallen haben uns auch die beiden Veranstaltungen des Comitato Genitori Grenchen, la Festa Pro Abruzzo und das Festival Canoro.

Der Gemeindeversammlung können wir am 15. Dezember ein vertretbares Budget 2010 vorlegen. Ein Minuspunkt ist, dass erstmals seit Jahren wieder ein Finanzierungsfehlbetrag hingenommen werden muss. 1.8 Mio. Franken müssen fremdfinanziert werden. Dieses Resultat muss aber relativiert gesehen werden, weil in den Jahren 2003-2008 – nebst Investitionen von 30 Mio. Franken – ein Nettovermögen von 24 Mio. Franken gebildet werden konnte.

Die Stadt Grenchen hat mittlerweile ein Eigenkapital von 33 Mio. Franken. Nicht unerwähnt bleibe auch, dass im gleichen Zeitraum die Steuern für die juristischen und natürlichen Personen um 11 Punkte gesenkt wurden.

Es gibt halt schlechtere und bessere Zeiten, was sich auch auf den Finanzhaushalt auswirkt. Und wichtig ist eben, dass vorgesorgt wird, damit uns die erstbeste Krise nicht in Schwierigkeiten bringt.

Die Stadt Grenchen hat ihre Hausaufgaben im Bereich der Finanzpolitik gemacht, weil eben Politik und Verwaltung in den letzten Jahren vorsichtig und vorausschauend gehandelt haben.

Ich danke an dieser Stelle allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, den politischen Parteien und der Verwaltung für die stets verantwortungsvolle Finanzpolitik.

Diese konstruktive Zusammenarbeiten zwischen Parteien, Verwaltung und Souverän hinsichtlich des Steuerfusses und hinsichtlich anderer Geschäfte zeigt, dass wir im Interesse unserer Bevölkerung Sachpolitik betreiben und jeweils gemeinsame Lösungen suchen. Und ich wiederhole hier mein „ceterum censeo“: in der Kommunalpolitik spielen Ideologie und Parteipolitik eine untergeordnete Rolle; die Probleme sind in erster Linie mit Sachverstand zu lösen.

Und ich bin sicher, dass wir weiterhin bereit sind, einander zuzuhören und uns - auch als politische Konkurrentin, als politischer Konkurrent - zu achten. Allein damit werden wir viel zum Wohl unserer Stadt erreichen. Dafür danke ich Ihnen, Kolleginnen und Kollegen.

Ich komme zum Schluss: ich danke den städtischen Angestellten sowie den Lehrerinnen und Lehrern für ihre Arbeit und für ihr Engagement. Ohne sie würde in unserer Stadt einiges nicht mehr gehen!

Ich danke aber auch den unzähligen Verantwortlichen und ehrenamtlich Tätigen in unseren Vereinen, Organisationen und Kirchen für ihr unermüdliches, selbstloses, ja aufopferungsvolles Engagement im Dienste der Allgemeinheit. Ihr Beitrag für die Stadt und für die Bevölkerung ist eine der wichtigsten und unverzichtbaren Säulen in unserem gut und harmonisch funktionierenden Gesellschaftsleben, das unsere Stadt unter vielem anderen so lebenswert macht. Ich bedanke mich aber auch bei den Einwohnerinnen und Einwohnern für das vertrauensvolle und gute Verhältnis zu unserer Stadtverwaltung.

Ich wünsche der Grenchner Bevölkerung im Namen des Gemeinderates und auch persönlich ein besinnliches und gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein glückliches, erfolgreiches Neues Jahr.

2. Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi hält folgende Dankesrede:

Du bist jetzt seit 4 ½ Perioden im Amt. In diesem Jahr bist du mit Erfolg für eine nächste als Stadtpräsident wieder gewählt worden. Das ist ein Ereignis, das ich heute gerne noch einmal erwähne. Es zeigt nämlich auf, dass die Mehrheit der Bevölkerung dein Wirken zum Wohl von der Stadt schätzt und mit der entsprechenden Abgabe ihres Wahlzettels auch gewürdigt hat. Das gute Resultat kann man als „Heschs rächt gmacht - mach witer so!“ werten.

Die damals niedrige Wahlbeteiligung ist nichts Aussergewöhnliches gewesen und folgt in der Gegenwart - leider – einem landesweiten Trend. Die Baustelle zur Lösung des Problems liegt aber nicht in Grenchen allein, da sind übergeordnete Kräfte gefragt. Ausserdem glaube ich, dass man eine solche Zahl auch nicht persönlich nehmen darf, weil die gut 75%, welche nicht wählen gegangen sind, auch nicht gesagt haben, dass du - resp. du und ich - das Amt nicht weiterführen sollen!

Und in der Tat, ich sehe in dir einen engagierten Stadtpräsidenten. Bei öffentlichen Auftritten glänzt du immer wieder mit deinen rhetorischen Fähigkeiten und der Gabe, publikumsbezogen argumentieren zu können. Sowohl gegen aussen, wie auch gegen innen, sind wir alle froh, wenn angefangene oder geplante Projekte aktiv weitergeführt und umgesetzt werden.

Mit Genugtuung dürfen wir feststellen, dass sich unsere Gemeindefinanzen zum jetzigen Zeitpunkt zufrieden stellend und geordnet präsentieren. Das Pro-Kopf-Vermögen ist der beste Beweis für ein erfolgreiches Agieren in den letzten Jahren. Auch wenn ein Stadtpräsident nicht alles richten kann, so ist er doch ein zentraler Teil des Räderwerks, wenn es darum geht, dass die Finanzen im Lot sind und bleiben. Auch in diesem Bereich zählen wir auf dich und danken dir für deinen Einsatz. Wir wissen ja alle, dass das ‚ja‘ sagen viel einfacher ist, als unpopuläre Entscheide zu fällen.

Bei all deinen Tätigkeiten ist es wichtig, dass du dich auf die tatkräftige Mithilfe und Unterstützung deiner Mitarbeitenden und auch des Gemeinderates verlassen kannst. Mit einer geschickten Amtsführung sichert sich ein Stadtpräsident die Loyalität der Mitarbeitenden. Um dies zu schaffen, wünschen wir die Kraft und auch das nötige Quäntchen Glück.

Apropos Glück, das hast du sicherlich mit der Zusammensetzung des Gemeinderates. Es ist ja hinlänglich bekannt, dass in Grenchen durch eine konstruktive Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen hinweg sehr viel möglich ist. Massgeblich dabei ist, dass es möglichst wenig persönliche Animositäten untereinander gibt. Das lässt nämlich viel Freiraum für die Suche nach optimalen Lösungen.

Danken möchte ich dir für dein Engagement für das Wohl unserer Stadt und vor allem auch für dein offenes Ohr für – fast – jede Problemstellung, welche Grenchnerinnen und Grenchner plagen. In der Sprechstunde z.B. stehst du den Bürgerinnen/Bürgern zur Verfügung und suchst dabei Wege für geeignete Lösungen.

Mit François wechselt bekanntlich ein sehr naher Mitarbeiter von dir seine Arbeitsstelle. Das ist sicherlich ein schmerzlicher Verlust. Ich glaube aber an den guten Willen, dass alle bestrebt sein werden, Grenchen weiterhin in eine gute Zukunft zu führen und dass auch die neue Mitarbeitende ihr Bestes dazu beitragen will.

Somit komme ich zu den Wünschen für das kommende Jahr. Wir wünschen dir beruflich - auch in der Zusammenarbeit mit der neuen Stadtschreiberin - Erfolg, Kontinuität, Harmonie, Verhandlungsgeschick, wie auch die nötige Prise Humor. Privat sollen Wohlergehen, Zufriedenheit, Harmonie und das Wichtigste überhaupt: eine intakte Gesundheit deine Begleiter sein. In diesem Sinne toi, toi, toi für das kommende Jahrzehnt und damit auch für das 2010.

Würdigung des abtretenden Stadtschreibers François Scheidegger

1. Stadtpräsident Boris Banga hält folgende Ansprache:

Heute nahm François Scheidegger zum letzten Mal in seiner Funktion als Stadtschreiber an einer Gemeinderatssitzung teil. Er wird auf den 1. Januar 2010 sein neues Amt als Amtsgerichtspräsident von Solothurn-Lebern antreten.

Also auch Anlass für mich als sein direkter Vorgesetzter, François Scheidegger in Ihrer Anwesenheit zu verabschieden.

Lassen Sie mich kurz zurückblenden. Am 2. Juli 2002 haben wir ihn zum Stadtschreiber von Grenchen gewählt. Und auch ich konnte damals wieder etwas aufatmen, weil wir turbulente Zeiten hinter uns - und auch noch vor uns - hatten. Der Vorgänger von François verliess uns Knall auf Fall, bei der Stadtschreiber-Stellvertreterin kündigte sich Nachwuchs an und sie verliess ihre Stelle.

Mit Teilpensen und massiver Mehrarbeit des Personalchefs, des Rechtskonsulenten, welcher wegen der Unterschriftsberechtigung als ausserordentlicher Stadtschreiber am-tete und des Sprechenden konnte der Betrieb aufrecht erhalten werden.

Unser neuer Stadtschreiber brachte gute Voraussetzungen mit. Neben der Ausbildung als Fürsprecher und Notar und entsprechender Berufserfahrung auf Gerichten und in der Anwaltskanzlei hatte er auch eine Ausbildung in der Kammerhochschule Bern „Fachrichtung Treuhand“ gemacht. Ebenso war er politisch in der Gemeinde Bellach und als Kantonsrat engagiert. Besonders imponierte mir seine militärische Ausbildung als Tambour, was zwischen uns zu einer Seelenverwandtschaft führte.

François und seine Frau Veronika zogen auch bald - der Zeitung von damals war zu entnehmen „ohne Vorbehalt“ - nach Grenchen und integrierte sich aktiv und zielstrebig. Und ich meine so zielstrebig, dass er bei den Amtsgerichtspräsidentenwahlen „als Grenchner“ apostrophiert wurde, welcher einem Stadtsolothurner nicht im Wege stehen dürfe.

François hat sich auch rasch in die Verwaltung und in die politischen Gremien eingearbeitet. Am Anfang war natürlich eine enge Zusammenarbeit und Begleitung nötig. Arbeit und Verantwortung des Stadtschreibers sind nicht nur gross sondern auch breit.

Ihm sind 15 Mitarbeitende, die Dienststelle Stadtkanzlei (mit den Sekretariaten Stadtpräsidium, Wirtschaftsförderung, Integration und Partnerschaftsausschuss), die Einwohnerkontrolle, das Bestattungsamt, Stadtarchivar und interne Dienste unterstellt. Vor 2009 führte er auch das Amt für Kultur.

Damit Ihnen das ganze Aufgabenspektrum wieder einmal vor Augen geführt wird, nenne ich folgende Hauptaufgaben:

- *Führen der obgenannten Dienststellen*
- *Vertretung der Stadt Grenchen mit dem Stadtpräsidenten im Aussenverhältnis*
- *Vertretung des Stadtpräsidenten innerhalb der Verwaltung*
- *Koordination der gesamten Verwaltungstätigkeit*
- *Führen der Geschäftskontrolle für die Behördengeschäfte*
- *Vorprüfung von Behördenvorlagen*
- *Ausarbeitung und Vertretung von Behördenvorlagen in seinem Verantwortungsbe-
reich*
- *Betreuung des Korrespondenzwesens von Stadtpräsidium und Stadtkanzlei*
- *Vorbereitung der Sitzungen des Gemeinderates und der Gemeinderatskommission*
- *Teilnahme an den Sitzungen von Gemeindrat und Gemeinderatskommission mit be-
ratender Stimme*
- *Mitglied des Steuerungsausschusses für Standortmarketing*
- *Ansprechperson für Integrationsfragen und städtischer Vertreter in der kantonalen
Fachstelle für Integration*
- *Administrative Betreuung der Abteilungsvorsteherkonferenz*
- *Überwachung der Protokollführung*
- *Eröffnung und Überwachung des Vollzugs der Behördenbeschlüsse*
- *Beratung der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, wie auch von Abteilungsvor-
stehern*
- *Informationsbeauftragter und Mediensprecher der Stadt Grenchen*
- *Betreuung des Internetauftritts*
- *Organisation und Durchführung von offiziellen Anlässen und Empfängen („Protokoll-
chef“)*
- *Vorbereitung und Durchführung von eidgenössischen, kantonalen und kommunalen
Wahlen und Abstimmungen*
- *Erstellen des jährlichen Verwaltungsberichtes der Stadtkanzlei und redaktionelle
Betreuung des gesamten Verwaltungsberichtes*
- *Budgetkontrollen für die unterstellten Dienststellen*
- *Beglaubigungen und Beurkundungen*

*Dieses vielfältige Aufgabenspektrum, die unzähligen Schnittstellen zu anderen Verwal-
tungsabteilungen und die doch recht breite Führungsspanne stellen hohe Anforderungen
und verlangen Managementqualität. Gefragt sind zudem eine hohe Sozialkompetenz
wie auch solide staats- und verwaltungsrechtliche Kenntnisse.*

*Und nun - wo François Scheidegger endlich eingearbeitet ist und seine Aufgaben be-
herrscht - wählt ihn das Volk zum neuen Amtsgerichtspräsidenten von Solothurn-Lebern.*

*François erfüllte sein Amt als Stadtschreiber mit grösster Fachkompetenz, mit viel Enga-
gement und zu meiner Zufriedenheit. Seine Arbeitsleistung ist quantitativ hervorragend,
praktisch fehlerfrei und qualitativ weit überdurchschnittlich.*

François ist absolut integer und genoss stets mein volles Vertrauen. Er verfügt über viel Empathie und ist bei Behörden, Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeitenden und in der Bevölkerung geachtet.

Es freut mich, dass unser Stadtschreiber eine neue berufliche Herausforderung annehmen kann, andererseits bedauere ich den Wegzug meines engsten Mitarbeiters ausserordentlich.

Ich danke François Scheidegger - auch im Namen der Behörden und der Verwaltung - für seine langjährige kollegiale und angenehme Mitarbeit. Ich wünsche ihm in seinem neuen beruflichen Wirkungsfeld alles Gute!

2. Stadtschreiber François Scheidegger verdankt die Worte von Stadtpräsident Boris Banga. Er hat gestaunt, was er eigentlich alles gemacht hat. Es war eine spannende und vielfältige Tätigkeit. Er hat es immer als Privileg betrachtet, Stadtschreiber von Grenchen sein zu dürfen. Er hat seine Tätigkeit immer mit Leib und Seele ausgeübt. Es ist ihm auch keine Sekunde je langweilig gewesen. Er ist immer motiviert an die Arbeit gegangen. Er hatte auch ein Superteam um sich herum. Der Stadtpräsident und er hatten intern viele gute Momente, es gab manche konstruktive Auseinandersetzung. Diese Zeit wird ihm bestimmt fehlen. Er hat sich immer als Diener an der Gemeinschaft, am Volk, an der Verwaltung gefühlt, und vor allem am Gemeinderat. Dadurch hatte er vielmals auch verschieden Hüte an. Es war nicht immer ganz einfach; aber dies war die Herausforderung. Sein Amt hat ihm jedenfalls immer Spass gemacht. Er hofft, dass er es auch allen recht gemacht hat. Heute schaut er mit Wehmut zurück. Für ihn geht ein Abschnitt zu Ende. In diesem Sinne möchte er sich heute beim Gemeinderat verabschieden und sich für alles bedanken. Als er 2002 nach Grenchen kam, gab er viel auf, er gewann aber viel mehr wieder. Er dankt dem Gemeinderat, wenn dieser ihn jetzt ziehen lässt. Er wünscht dem Gemeinderat alles Gute und vor allem Mitgliedern viel Weisheit. Merci vielmals.

3. Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi hat drei Grussbotschaften zu verkünden:

- 3.1. Die erste Grussbotschaft kommt aus Deutschland, von der Partnerstadt Neckarsulm und lautet wie folgt:

Sehr geehrter Herr Scheidegger

Sie haben in all den Jahren ihrer Tätigkeit als Stadtschreiber in Grenchen die von ihren Vorgängern Boris Banga und danach Rolf Enggist bereits mit grossem und hohem persönlichen Engagement geförderten Beziehungen zwischen den Rathäusern unserer beiden Städte uneingeschränkt weitergeführt und tatkräftig unterstützt. Diese Städtepartnerschaft war Ihnen wichtig; das haben wir immer gespürt, und so durften wir immer Ihrer Unterstützung sicher sein. Durch Ihre eigenen Besuche in Neckarsulm haben Sie dies ebenso gezeigt wie durch Ihren Einsatz bei unseren Besuchen in Grenchen. So sehen wir Ihren Wahlerfolg als neuen Amtsgerichtspräsidenten in zweierlei Weise: zum einen freuen wir uns natürlich mit Ihnen sehr über diesen Erfolg und damit das grosse Vertrauen in Ihre Person und Ihre Fähigkeiten, zum anderen sehen wir dies auch mit einem weinenden Auge, denn Sie waren ein wertvolles Glied unserer Städtepartner- und -freundschaft. Sie mögen uns dieses weinende Auge bitte nachsehen. Natürlich freuen wir uns vor allem mit Ihnen. Wir wünschen Ihnen alles Gute, Erfolg und auch die nötige Freude bei der Bewältigung Ihres neuen verantwortungsvollen Amtes.

Der im letzten Monat zur neuen Stadtschreiberin gewählten Nachfolgerin, Rechtsanwältin Luzia Meister, bieten wir heute schon die Fortsetzung der von François Scheidegger bestens gepflegten Zusammenarbeit an. Ich freue mich schon heute auf die erste Begegnung mit ihr und wünsche ihr einen guten Start. Alles Gute für sie und auch ihr viel Erfolg und herzliche Grüsse an alle Grenchnerinnen und Grenchner.

Joachim Scholz, Oberbürgermeister der Partnerstadt Neckarsulm

- 3.2. Die zweite Grussbotschaft kommt aus der Innerschweiz, aus Unterschächen:

Lieber François

In Zukunft wirst Du als Amtsgerichtspräsident tätig sein. Wir haben diese Meldung aus Grenchen mit einem lachenden und weinenden Auge zur Kenntnis genommen. Mit einem lachenden Auge deshalb, weil wir Dir diese grosse berufliche Herausforderung von Herzen gönnen. Wir sind überzeugt, dass Du diese verantwortungsvolle Tätigkeit zum Wohle des Volkes ausüben wirst. Mit einem weinenden Auge nehmen wir Deine berufliche Veränderung zur Kenntnis, weil Du in Deiner Funktion als Stadtschreiber die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Partnergemeinden Grenchen und Unterschächen wesentlich mitgeprägt hast. Du hast in unserer Gemeinde Spuren hinterlassen. Wir denken dabei u.a. an die Verwirklichung des Kinderspielplatzes in Unterschächen. Als Kiwaner hast Du bei diesem Bauvorhaben sogar Hand angelegt und dieses Projekt für die Jugend zu verwirklichen. Unvergessen bleibt auch der Besuch der Schulkinder 2007 und 2008 in Grenchen, an dessen Organisation Du massgeblich beteiligt warst. Wir danken Dir für alles, was Du für unsere Berggemeinde getan hast, mit einem herzlichen "Vergälts Gott". Für die Zukunft wünschen wir Dir alles Gute und als Amtsgerichtspräsident viel Erfolg und Befriedigung. Wir freuen uns, Dich wieder einmal in Unterschächen oder Grenchen zu treffen.

Gemeinderat Unterschächen, Gemeindepräsident Hans Muheim und Gemeindegeschreiber Alois Arnold.

- 3.3. Die dritte Grussbotschaft kommt aus dem Kreis des 15-köpfigen Gemeinderates. Der Gemeinderat wollte François Scheidegger keinen Korb geben. Nichtsdestotrotz hat Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi einen grossen Geschenkkorb mitgebracht. Jedes Gemeinderatsmitglied begründet mit einem persönlichen Satz, weshalb es gerade das ausgewählte Präsent in den Korb legt.
- 3.4. Stadtschreiber François Scheidegger bedankt sich herzlich für die netten Worte und die persönlichen Geschenke. Im Anschluss an die Sitzung lädt er alle Ratsmitglieder, Abteilungsvorsteher, Schulleiter und Medienvertreter zu seinem Abschiedsapéro ein.

0.2.2 / acs